

Ressort: Finanzen

Air Berlin: Insolvenzrechtler warnt Politik vor Einmischung

Berlin, 05.09.2017, 09:05 Uhr

GDN - Dem Insolvenzrechtler Jörn Weitzmann zufolge widerspricht es dem Recht, wenn Politik und Gewerkschaften zunehmend fordern, die Staatsbürgschaft für Air Berlin dürfe es nur geben, wenn damit auch viele Arbeitsplätze gesichert werden. Das sagte Weitzmann, Insolvenzverwalter aus Hamburg und Vorsitzender des Ausschusses Insolvenzrecht und Sanierung im Deutschen Anwaltsverein, der "Rheinischen Post" (Dienstagsausgabe).

Weiter sagte er: "Der Gläubigerausschuss von Air Berlin wird sich von der Politik nur wegen der bevorstehenden Bundestagswahl keine Vorgaben machen lassen, wie es weitergeht. Die Neuorientierung des Unternehmens und der Verkauf von Teilen orientiert sich allein an der Insolvenzordnung. Priorität hat, dass ein möglichst hoher Wert für das Unternehmen oder seine Einzelteile reingeholt werden muss." Die Insolvenzordnung widerspreche laut Weitzmann nicht dem Ziel, große Teile von Air Berlin zu erhalten. "Der Gläubigerausschuss prüft, wie tragfähig Konzepte für die Fortführung von Unternehmensteilen sind. Nur so kann sichergestellt werden, dass versprochene Preise für Firmenteile wirklich bezahlt werden."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-94203/air-berlin-insolvenzrechtler-warnt-politik-vor-einmischung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619